

Vorreiter unter Druck: Wie die PPWR das deutsche Mehrwegsystem herausfordert – und wie die Bundespolitik es stärken kann

Interview mit Henriette Schneider, Geschäftsführerin des Verbandes Pro Mehrweg

Die neue EU-Verpackungsverordnung setzt europaweit Impulse für mehr Mehrweg. Gleichzeitig stellt sie das deutsche Getränkemehrwegsystem vor erhebliche Herausforderungen. Zusätzliche Vorgaben, Berichtspflichten und steigende Kosten treffen vor allem mittelständische Betriebe. Im Interview erklärt Henriette Schneider, Geschäftsführerin des Verbandes Pro Mehrweg, warum die nationale Umsetzung jetzt entscheidend ist und wie das System gezielt gestärkt werden kann.

Frau Schneider, derzeit wird die neue europäische Verpackungsverordnung ins Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz (VerpackDG) umgesetzt. Aus der EU gab es klare Impulse für Mehrwegsysteme. Das sollte Ihrem Verband doch gefallen, oder?

Grundsätzlich ja: Europa macht sich auf in Richtung Mehrweg – und ein wichtiges Vorbild dafür war das deutsche Getränke-Mehrwegsystem. In Europa wird es ab 2030 Mehrwegquoten für Getränke geben. Das ist ein klares politisches Signal. Aber: Für unser deutsches System bringt die PPWR eben nicht nur Rückenwind, sondern auch viele Schwierigkeiten.

Wieso? Mehrwegquoten sind aus Ihrer Sicht doch ein Fortschritt.

Das sind sie auch. Erstmals wird damit die europäische Abfallhierarchie politisch spürbar: Mehrweg hat Vorrang vor Recycling. Aber man muss ehrlich sagen: Die europäische Zielmarke von 10 Prozent ist mit dem Stand, den wir hier in Deutschland haben, nicht zu vergleichen. Wir liegen bei rund 43 Prozent Marktanteil – und im deutschen Recht steht die 70-Prozent-Mehrwegzielquote. Die europäische Ambition muss immer auch die schwächsten Länder mitnehmen. Das war ein Kompromiss: Länder, wo es Mehrweg noch gar nicht gibt, sollten überhaupt erstmal starten können.

Gleichzeitig hat sich Ihr Verband stellenweise auch sehr kritisch zur PPWR geäußert. Warum?

Weil die EU nicht nur Mehrwegquoten und verbindliche Abfallvermeidungsziele vorgibt, sondern gleichzeitig sehr detailliert regelt, was Mehrwegsysteme sind und wie sie zu funktionieren haben. Das bringt für unser bestehendes System, das bislang auch ohne solche Detailregeln funktioniert hat, viele neue Anforderungen mit sich: zusätzliche Bürokratie, Kennzeichnungsvorgaben, neue Pflichten, und am Ende auch neue Kosten.

Können Sie genau sagen, was da auf die Betriebe zukommt?

Vieles können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht so richtig einschätzen. Ein Teil wird national geregelt, anderes erst in nachgelagerten EU-Rechtsakten. Einige definitorische Fragen sind ebenfalls noch nicht abschließend geklärt. Hier warten wir auf weitere Ausführungen der EU-

Kommission. Klar ist aber: Für Mehrwegunternehmen entsteht zusätzlicher Aufwand. Und wir müssen verhindern, dass das am Ende das System schwächt, statt es zu stärken.

Kommen wir von der europäischen Verpackungspolitik zur Umsetzung hier in Deutschland: Was kritisieren Sie am geplanten VerpackDG?

Es entsteht gerade eine skurrile Situation: Europa will Mehrweg fördern, aber in der deutschen Umsetzung werden die Spielräume zur Mehrwegförderung nicht genutzt. Für ein System wie unseres heißt das: Wir bekommen vor allem die negativen Konsequenzen – neue Pflichten, mehr Bürokratie und steigende Systemkosten – aber nicht die positiven, nämlich wirksame Unterstützung beim Ausbau und der Modernisierung des Systems und bei der Bewältigung der neuen Anforderungen.

Was wäre denn eine „wirksame Unterstützung“?

Ein zentral organisierter Mehrwegfördermechanismus. Die PPWR verpflichtet Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung und Pfandsysteme, Mittel für Abfallvermeidung beziehungsweise Mehrweg einzusetzen.

Wenn man das in Deutschland effektiv umsetzen will, muss es gebündelt erfolgen – etwa über einen gemeinsamen Fonds –, damit zielgerichtet in das Mehrwegsystem investiert werden kann: in Digitalisierung, Modernisierung, Logistik- und Sortierstrukturen und in neue systemübergreifende Aufgaben.

Warum braucht es dafür aus Ihrer Sicht eine gemeinsame Lösung?

Weil es in Deutschland überhaupt keinen Sinn ergibt, so einen Mechanismus einfach nur an die jeweiligen Akteure selbst anzudocken, insbesondere an einzelne Duale Systeme, von denen es hier eben nicht wie in anderen Ländern nur ein oder zwei, sondern zehn gibt. Dann entstehen am Ende viele unwirksame Einzelmaßnahmen und Aufklärungskampagnen, aber keine gezielten Investitionen in die gemeinsame Infrastruktur, die wir jetzt brauchen.

Die Idee kommt ja aus dem französischen Modell: Dort gibt es eine zentrale Organisation für die Herstellerverantwortung, die Mehrweg gezielt fördert – dort sind das fünf Prozent des Budgets. Deutschland hat da aus historischen Gründen eine ganz andere Struktur. Gerade deshalb braucht es eine Lösung, die zentral bündelt, statt sich zu verzetteln.

Im Referentenentwurf zum VerpackDG war ein solcher Mechanismus doch bereits angelegt. Was ist daraus geworden?

Genau darauf weisen wir hin: Im Referentenentwurf war ein zentralisierter Mehrweg-Fördermechanismus vorgesehen – und davon war in der Kabinettsfassung faktisch nichts mehr übrig. Unter anderem, weil den Verbänden wohl eine sehr frühe Version vorgelegt wurde. Eine ungewöhnliche Vorgehensweise. Zudem gab es von vielen Seiten Kritik an dem Modell, unter

anderem auch an seiner genauen institutionellen Ausgestaltung. Da sahen auch wir noch Verbesserungsbedarf. Nur haben wir jetzt die Situation, dass vom ursprünglichen Vorschlag nichts mehr übrig ist. Der jetzige Entwurf könnte unverbindlicher nicht sein. Deutschland verpasst somit eine einzigartige Chance, das Mehrwegsystem zu stärken und weiterzuentwickeln.

Ein Streitpunkt war auch die ursprünglich geplante Abgabe von fünf Euro pro Tonne in Verkehr gebrachter Verpackungen. Wie bewerten Sie das?

An der Zahl haben sich viele gestoßen. Unsere Position ist klar: Für Mehrwegverpackungen sollte eine solche Abgabe nicht gelten. Die Mehrwegwirtschaft investiert seit Jahrzehnten kontinuierlich in ihre Systeme.

Gleichzeitig ist es folgerichtig, wenn Umwelt- und Systemkosten im Einwegbereich stärker internalisiert werden. Entscheidend ist jedoch weniger die konkrete Zahl als die grundsätzliche Frage: Wollen wir ein wirksames Instrument zur strukturellen Stärkung von Mehrweg oder verzichten wir darauf vollständig? Ich habe den Eindruck, dass noch nicht überall erkannt wurde, welche Bedeutung ein solches Instrument für die Zukunftsfähigkeit der Branche gehabt hätte.

Was bedeutet das nun Ihrer Meinung nach konkret für die Branche?

Dass wir Gefahr laufen, nur die Lasten der PPWR zu tragen, also zusätzliche Pflichten, zusätzliche Bürokratie, zusätzliche Kosten, und gleichzeitig die Spielräume ungenutzt lassen, um die notwendigen Weiterentwicklungen zu stemmen. Die Mehrwegwirtschaft in Deutschland ist überwiegend mittelständisch geprägt. Genau diese Betriebe tragen das System. Und genau diese Betriebe dürfen wir nicht mit den neuen Anforderungen allein lassen.

Welche Weichenstellungen sind aus Ihrer Sicht jetzt entscheidend?

Deutschland hat eine Vorreiterrolle, die wir verspielen, wenn wir jetzt nicht klug handeln. Wir brauchen in der Umsetzung der PPWR einen politischen Kurs, der Mehrweg nicht nur verwaltet, sondern gezielt stärkt: mit einem verbindlichen Fahrplan zur Erreichung der 70-Prozent-Zielquote, mit wirksamer Mehrwegförderung über einen zentralen Mechanismus und mit einer praxisnahen Umsetzung, die nicht unnötig überreguliert.

Pressekontakt:

Henriette Schneider
Geschäftsführerin Pro Mehrweg
Mobil: +49 152 34680624
E-Mail: schneider@promehrweg.de



Verband zur Förderung von
Mehrwegverpackungen e.V.

Monschauer Straße 7
40549 Düsseldorf

 +49 211 683938
 info@promehrweg.de

Folgen Sie uns auf




Mehr Infos über uns auf
WWW.PROMEHRWEG.DE